

## DENKANSTOSS: WEITERENTWICKLUNG DES CAMPUS FÜR DEMOKRATIE

*Die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ist einer der bedeutendsten Erinnerungsorte Berlins und Deutschlands. Von hier ging die brutale Repression des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR aus. Durch die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung über den Umgang mit den Hinterlassenschaften der Geheimpolizei ab 1989 ist das Areal zugleich ein herausragender Ort der deutschen Revolutions- und Demokratiegeschichte. Hier fand die weltweit ein- und erstmalige Öffnung der Akten einer Geheimpolizei statt. International gilt dieser Ort daher als Leuchtturmprojekt für Akteure der Aufarbeitung staatlicher Repression sowie als Hoffnungsschimmer für Demokratie- und Freiheitsbewegungen. Trotz der allgemein anerkannten Bedeutung des Ortes ist in den letzten Jahrzehnten wenig zum Erhalt des Ensembles getan worden. Auch wenn die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr vollständig geheilt werden können, so bietet das Areal doch vielfältige Möglichkeiten, den historischen Gehalt sichtbar zu bewahren und gleichzeitig eine städtische Nutzung mit Strahlkraft für ganz Berlin zu ermöglichen. Heute, 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution, stehen noch immer viele Gebäude leer, die Trägerschaften und Besitzverhältnisse sind sehr heterogen, was eine gemeinsame Entwicklung bisher erschwert hat. In Zeiten, in denen unsere demokratischen Errungenschaften immer stärker infrage gestellt werden, ist es jedoch mehr denn je Aufgabe von Bund und Land, durch entschiedenes Handeln die großen erinnerungspolitischen, kulturellen und städtebaulichen Potentiale des Ortes zu heben und die Idee eines Campus für Demokratie als lebendigen Lernort über Diktatur, Widerstand und Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen.*

### DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DES ORTES

Das Areal in der Normannenstraße ist einer der zentralen Orte deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte: 1945 ließ sich die Sowjetische Militäradministration (SMAD) am Roedeliusplatz in Berlin-Lichtenberg nieder. Militärtribunale verhängten langjährige Zuchthausstrafen und mehr als 200 Todesurteile gegen tatsächliche oder vermeintliche Regimegegner. Ab 1950 diente das Gebäude des heutigen Finanzamts als Zentrale der Staatssicherheit, von hier aus breitete sie sich in den folgenden Jahren im Kiez aus. Gärten, Wohnhäuser, ganze Straßenzüge und sogar eine Kirche wurden abgerissen oder überbaut. Über fast vier Jahrzehnte sicherten bis zu 7.000 Mitarbeiter der Stasi von der Normannenstraße aus die SED-Herrschaft ab, organisierten die Überwachung der Bevölkerung, die Verfolgung von Regimegegnern und betrieben von hier aus Spionage, insbesondere gegen die Bundesrepublik.

1990 wurde die Stasi-Zentrale zu einem bedeutenden Schauplatz deutsch-deutscher Aufarbeitungs- und Demokratiegeschichte: Tausende Menschen drangen am 15. Januar in das abgeriegelte Gelände ein und besetzten die Büros der Mitarbeiter des inzwischen in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannte MfS. Ein Bürgerkomitee versuchte in den folgenden Monaten die Auflösung der Stasi zu kontrollieren und verhinderte weitgehend die Vernichtung der Stasi-Unterlagen. Auf vielen Ebenen wurde um eine demokratische Gestaltung der DDR gerungen und in diesem Zusammenhang auch über den Umgang mit den Stasi-Akten gestritten. Im September 1990 wurde das Stasi-Unterlagen-Archiv von Bürgerrechtlern erneut besetzt. Ihre Forderung nach einer Öffnung der Akten wurde schließlich in einem Zusatz zum Einigungsvertrag festgeschrieben.

Betroffene, Medienschaffende und Wissenschaftler haben dank dieses Engagements seit 1992 Zugang zu den Stasi-Unterlagen. Die Akten sind eine zentrale Quelle, um Verfolgte der SED-Diktatur zu rehabilitieren und sich faktengestützt mit den Mechanismen von Repression und Diktatur auseinanderzusetzen. Heute ist das Stasi-Unterlagen-Archiv ein Leuchtturm der Aufarbeitung und Vorbild für viele Länder mit eigener Diktaturgeschichte. Der Übergang dieses Archivs in das Bundesarchiv unterstreicht den national bedeutsamen Charakter des Ortes.

## DER STATUS QUO VOR ORT

In der ehemaligen Stasi-Zentrale sind heute Archive, Wohnhäuser, Finanzamt, ein Ärztehaus und mehrere Opfer- und Aufarbeitungsvereine angesiedelt. Staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen bemühen sich seit 2011 um die Entwicklung des Areals zum Campus für Demokratie. Durch ihre Arbeit zu den Themen Repression und Opposition in der SED-Diktatur ist der Ort zu einem national und international bedeutenden Erinnerungsort geworden. Die folgenden Angebote bilden den Kern des Campus:

- Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs mit der Ausstellung „Einblick ins Geheime“
- Stasimuseum der ASTAK e.V. mit der Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
- Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“
- Archiv der DDR-Opposition der RHG
- Angebote zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort: Astak e.V., Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Doping-Opfer-Hilfe e.V. DOH, RHG e.V., UOKG
- Informationspunkt und Veranstaltungsort im Haus 22
- Informations- und Leitsystem zur Geschichte des Geländes
- Wiederkehrende Veranstaltungsformate von landes- und bundesweiter Strahlkraft (bspw. Campuskino)

## PERSPEKTIVEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WEITERENTWICKLUNG DES ORTES

Trotz dieser Aktivitäten stehen auf dem Areal noch immer rund 75.000 m<sup>2</sup> leer und denkmalgeschützte Gebäude sind von Verfall bedroht. Das ist ein unhaltbarer städtebaulicher und erinnerungspolitischer Missstand. Damit sich der Campus für Demokratie in den nächsten Jahren weiterentwickelt, ist es entscheidend, die bisherigen Beschlüsse des Deutschen Bundestags und des Berliner Abgeordnetenhauses zügig umzusetzen:

- Weiterentwicklung des Areals als Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte mit Bildungs- und Informationsangeboten und Aufnahme in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes,
- Ausbau des Lichtenberger Standorts des Bundesarchivs als Archivzentrum zur SED-Diktatur
- Umsetzung des von der Robert-Havemann-Gesellschaft geplanten Forum Opposition und Widerstand 1945–1990.

Es ist höchste Zeit, dass der Bund und das Land Berlin ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie nun entschieden gemeinsam vorantreiben.

**Der Campus für Demokratie auf dem Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale soll ein Ort werden, der an die Geschichte erinnert, über die SED-Diktatur und ihre Repression aufklärt und zugleich Anknüpfungspunkte für Gegenwart und Zukunft bietet. Ein Ort, an dem Demokratie und das Streben nach Freiheit und Menschenrechten erfahrbar werden, an dem ein demokratischer Diskurs über die Gestaltung unserer Gesellschaft stattfindet, und an dem zivilgesellschaftliches Engagement und Kunst im Exil Raum finden. Ein Ort, der offen ist für die Berliner und die Welt, an dem die Überwindung und die Aufarbeitung von staatlicher Repression sowie die Weiterentwicklung unserer Demokratie immer wieder neu diskutiert werden können.**

Diese konzeptionelle Idee des Campus für Demokratie bündelt verschiedene Wünsche und Vorstellungen zur langfristigen Weiterentwicklung des Areals und soll als Diskussionsgrundlage dienen, um den Bebauungsplan inhaltlich zu begleiten. Gemeinsam mit Bund, Land und den vielen Akteuren vor Ort, wollen wir die bestehenden erfolgreichen Angebote absichern und das Gelände ganzheitlich weiterentwickeln.

Dies kann nur durch die Kombination unterschiedlicher Nutzungsformen gelingen, die zur Vielfalt und Dynamik des Ortes beitragen, ein lebendiges Zentrum in Lichtenberg schaffen und folgende akute Bedarfe in Land und Bund befriedigen:

### **1. Aufklärung über Repression, Opposition und Widerstand in der DDR**

- Weiterführung der bisher schon auf dem Gelände stattfindenden Angebote zu den Themen Repression und Opposition in der SED-Diktatur, die den Kern des Campus bilden
- Umsetzung des Transformationsbeschlusses des Deutschen Bundestages und Ausbau des Lichtenberger Standorts des Bundesarchivs als Archivzentrum zur SED-Diktatur
- Umsetzung der Beschlüsse von Bundestag und Abgeordnetenhaus zur Schaffung eines Forum Opposition und Widerstand 1945-1990

### **2. Lern- und Erfahrungsraum für Demokratie im Hier und Jetzt**

- Jugendherberge und Konferenzräume für politische Bildungsreisen aus dem In- und Ausland
- Schaffens-, Ausstellungs- und Veranstaltungsräume für politische Aktivisten, Künstler, Wissenschaftler, Journalisten etc., die vor politischer Verfolgung fliehen mussten und im Exil weiterarbeiten möchten
- Büro- und Veranstaltungsräume für Menschenrechts- und Demokratieorganisationen, sowie für Akteure der politischen Bildungsarbeit
- Ansiedlung bezirklicher Infrastruktur, bspw. BVV, Bürgerbeauftragte

### **3. Öffnung in den Bezirk und die Stadt**

- Verwaltungsnutzung
- Gastronomische Konzepte
- Jugendfreizeiteinrichtung
- Wohnen auf Zeit (auch in Kombination mit Angeboten für politisch Verfolgte)

Und nicht zuletzt ist das Areal des Campus für Demokratie verkehrsgünstig gelegen und durch die U-Bahnlinie U5 hervorragend an den Hauptbahnhof und das Zentrum angeschlossen. Die U5 verbindet verschiedene Orte der Deutschen Demokratieggeschichte und wird symbolträchtig als Freiheitslinie bezeichnet. Diese Anbindung ermöglicht es Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt sowie Berlinerinnen und Berlinern, den Campus leicht zu erreichen und an den vielfältigen Bildungs- und Kulturangeboten teilzuhaben.

## **AUTORENSCHAFT**

Dieses Papier wurde vom Vorstand des Fördervereins Campus für Demokratie verfasst, um Impulse und Ideen in der aktuellen Diskussion über die Weiterentwicklung des Areals der ehemaligen Stasi-Zentrale zu bündeln. Die Mitglieder des Fördervereins stammen aus unterschiedlichen politischen, beruflichen und biografischen Kontexten. Sie eint jedoch das gemeinsame Anliegen, den langjährigen Stillstand in Bezug auf das Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu überwinden und den Campus für Demokratie zu einem lebendigen Erinnerungs- und Lernort über Diktatur, Widerstand und Demokratie zu entwickeln. Der Verein arbeitet eng mit der Bezirks-, Landes- und Bundespolitik zusammen und fördert den Austausch durch die Organisation von Veranstaltungen sowie Treffen mit Vereinen, Initiativen und der Bürgerschaft.

Kontakt: [info@campusfuerdemokratie.de](mailto:info@campusfuerdemokratie.de)  
Weitere Informationen: [www.campusfuerdemokratie.de](http://www.campusfuerdemokratie.de)

